

Fraktions-Info

DIE LINKE.
Fraktion im Karlsruher Gemeinderat

Aktuelles aus dem Karlsruher Gemeinderat

Ausgabe 2 | Mai 2021

Liebe Karlsruher*innen

seit fast 2 Jahren ist unsere junge Fraktion nun im Karlsruher Gemeinderat vertreten und tritt dort konsequent für soziale und ökologische Themen ein. In den vergangenen Haushaltsberatungen konnten wir einige linke Duftmarken setzen und den Haushalt 2021 entscheidend mitgestalten. Aber nicht nur in dieser sehr aufregenden, weil neuen und zeitintensiven Phase der Gemeinderatsarbeit haben wir wichtige Gestaltungsprozesse auf den Weg gebracht; auch im Rahmen unseres „Kerngeschäfts“, den monatlichen Gemeinderatssitzungen und im Austausch mit der Zivilgesellschaft, konnten wir in den letzten Monaten wichtige linke Impulse setzen, wovon wir Ihnen auf den

folgenden Seiten berichten möchten. Viel Spaß beim Lesen!

*Ihr Fraktionsvorstandskollektiv,
Lukas Bimmerle, Mathilde Göttel &
Karin Binder*



Inhalt:

- **Haushaltsberatungen im Dezember** 1
- **Hilfe und Unterstützung statt Bußgelder** 3
- **Gute Wohnungen für alle** 3
- **Die soziale und ökologische Mobilitätswende realisieren** 5
- **Karlsruhe braucht Kultur - Kultur braucht Räume** 6
- **Gesundheit und Pflege müssen mehr wert sein!** 7
- **Aktuelle Anträge und Anfragen** 8

Haushaltsberatungen im Dezember: Ein Schritt in Richtung einer solidarischen Stadt für alle

Am 15. und 16. Dezember fanden im Gemeinderat die Beratungen zum Haushalt 2021 statt. Unsere Fraktion brachte über 100 fraktionelle und interfraktionelle Anträge zu einer Vielzahl wichtiger Themen ein. 34 unserer Anträge wurden vom Gemeinderat angenommen und wurden in den finalen Haushalt eingestellt. Mit diesem Ergebnis sind wir zufrieden. Wir konnten bei den Verhandlungen einige LINKE Impulse setzen.

Im **sozialen Bereich** konnten wir erreichen, dass viele sinnvolle und notwendige Projekte mehr Zuschüsse bekommen und teilweise dauerhaft finanziert

werden. Wichtig war uns beispielsweise die Förderung von Projekten zum Schutz von Frauen und Mädchen. Gerade während der Corona-Pandemie nimmt häusliche Gewalt gegen Frauen enorm zu. Hier konnten Zuschüsse für den Verein zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder e.V. und den Wildwasser e.V. sowie den Frauen Notruf - Verein gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Frauen erhöht werden. Auch die Situation der Straßen-Prostitution hat sich im Zuge der Corona-Pandemie nochmals verschlechtert, weshalb wir froh sind, dass unsere Anträge zur Förderung von Ausstiegsappartments und mobiler medizinischer Versorgung für Prostituierte

angenommen wurden. Neben einer Dynamisierung der Projektzuschüsse für die nächsten Jahre konnten Förderungen bzw. Zuschusserhöhungen für viele Projekte im Bereich der Suchthilfe, aber auch der Schulsozialarbeit oder Familiensozialarbeit in den Haushalt eingestellt werden. Ganz entscheidend war auch die beschlossene Ausweitung der Leistungsberechtigten der Karlsruher Pässe, sodass nun viel mehr Menschen mit geringem Einkommen den Karlsruher Pass beziehen können. Unsere Anträge zum Ausbau des Karlsruher Passes, z.B. für einen kostenfreien Zugang zu Bibliotheken oder in den Zoo, sowie Vergünstigung für die Karlsruher Bäder, haben

leider keine Mehrheit erhalten.

Zur **Unterstützung der Kultur** in Karlsruhe konnten wir erreichen, dass der Subculture And Underground – SAU e.V., welcher Träger der Musikveranstaltungen in der Alten Hackerei ist, eine institutionelle – also dauerhafte – Förderung erhält. Neben dem SAU e.V. werden auch wichtige Investitionszuschüsse für die Kinemathek Karlsruhe, den Jazzclub e.V. sowie für den Kinder- und Jugendchor Cantus Juvenum bereitgestellt werden.



den.

Wegweisend, weil nicht nur sozial gerecht, sondern **verkehrspolitisch** von großer Bedeutung, ist die Zustimmung zu einem kostenfreien ÖPNV für Karlsruher Pass-Inhaber*innen unter 25 Jahren – ein wichtiger Schritt in Richtung einer sozialen und ökologischen Verkehrswende. Aktuell versucht die Stadtverwaltung diesen Beschluss des Gemeinderates, mit Hinweis auf die schlechte Finanzlage der Stadt, nachträglich zu kippen. Wir werden versuchen dies zu verhindern.

Im Bereich des Klimaschutzes hätten wir gerne mehr erreicht. Zur Umsetzung des Klimaschutzkonzepts 2030, das bereits im vergangenen Jahr vom Gemeinderat verabschiedet wurde, haben wir nicht die aus unserer Sicht erforderlichen 16 Stellen sowie eine Erhöhung der finanziellen Mittel um weitere 7 Mio. in den Haushalt für 2021 einstellen können. Grüne und SPD stimmten in diesem Fall gegen unseren interfraktionellen Antrag mit KAL / Die PARTEI – die Aufstockung viel geringer aus, als von uns gewünscht. Stärken konnten wir den Fuß- und Radverkehr durch Aufstockung des Fahrradverleihsystems kvv.nextbike und durch Schaffung einer Stelle zur Radverkehrs-

planung.

Ein großer Erfolg konnte hinsichtlich einer **sozialeren Wohnungspolitik** erzielt werden. Für die Umsetzung einer Milieuschutzsatzung (siehe Beitrag „Gute Wohnungen für alle“) für die Südstadt wurden die notwendigen personellen Mittel in den Haushalt 2021 eingestellt. Unser Antrag zur Schaffung einer Personalstelle zur Förderung gemeinwohlorientierter Wohnprojekte wurde zwar nicht angenommen, aber wir bleiben entsprechend dran.

Im **Bildungsbereich** konnten wir ebenfalls wichtige Erfolge als LINKE erreichen. Neben einer neuen Gebührensystematik für Karlsruher Kitas – die eine deutliche Beitragsreduzierung für viele Familien zur Folge haben wird – konnten wir eine Befreiung von den Gebühren für die Fachschulen (50% in 2021 und 100% in 2022) durchsetzen. Das sind zwei wichtige Schritte für ein sozial gerechtes Bildungssystem für alle. Daneben konnten weitere Verbesserungen für eine Stärkung der praxisintegrierten Ausbildung der Erzieher*innen sowie für Inklusionsmaßnahmen erzielt werden.

Zur Stärkung **antirassistischer Arbeit** und der **Unterstützung von Geflüchteten** wurden zahlreiche Integrationsprojekte finanziell ausgestattet. So bekommt beispielsweise der Freundeskreis Asyl e.V. für seine wichtige Beratungsarbeit für Geflüchtete und Migrant*innen eine Erhöhung der Fördermittel durch die Stadt. Auch die Wochen gegen Rassismus, die dieses Jahr von der Zivilgesellschaft getragen werden, erhalten ein höheres Budget für ihr Programm. Unser Antrag zur Schaffung einer Stelle für eine*n Antirassismusbeauftragte*n wurde leider abgelehnt.

Trotz der Gegenstimmen von CDU, FDP, FW|FÜR und AfD wurde der finale Haushaltsentwurf von einer Mehrheit im Gemeinderat verabschiedet. Aus Sicht unserer Fraktion ein Erfolg – konnten wir doch einige Impulse gegen einen drohenden Sparhaushalt setzen. ■

Ein großer Erfolg konnte hinsichtlich einer **sozialeren Wohnungspolitik** erzielt werden. Für die Umsetzung einer Milieuschutzsatzung (siehe Beitrag „Gute Wohnungen für alle“) für die Südstadt wurden die notwendigen personellen Mittel in den Haushalt 2021 eingestellt. Unser Antrag zur Schaffung einer Personalstelle zur Förderung gemeinwohlorientierter Wohnprojekte wurde zwar nicht angenommen, aber wir bleiben entsprechend dran.

Lukas Bimmerle: Den Weg zur solidarischen Stadt weitergehen



Konnten in den vergangenen Haushaltsberatungen Kürzungen im Sozialen und Kulturellen abgewendet und wichtige Investitionen,



beispielsweise in den Klimaschutz, getätigt werden, droht der nächste Haushalt für die Jahre 2022 und 2023 zu einem Kürzungshaushalt zu werden. Das Regierungspräsidium hat den aktuellen Haushalt zwar genehmigt, jedoch Auflagen erteilt, nach denen die Stadtverwaltung in den nächsten Jahren einen Haushaltsstabilisierungsprozess einleiten müsse. Oberbürgermeister Mentrup hat jüngst mitgeteilt, dass in Zukunft „kein Spielraum für den Ausbau freiwilliger Leistungen“ sei. Gerade mit Blick auf die Folgen der Corona-Pandemie, die vor allem die lokale Kultur, Gastronomie und den Einzelhandel, aber auch viele Menschen, die unter den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen leiden, trifft, müssen wir nicht nur soziale Angebote ausbauen, sondern auch die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen, um den Menschen in unserer Stadt wieder auf die Beine zu helfen: Denn Karlsruhe soll eine solidarische Stadt werden! Statt mit Kürzungen auf die Haushaltsmisere zu antworten, sollte der kritische Blick eher in Richtung der Großprojekte gehen, die den städtischen Haushalt auf Dauer einengen. Hier gilt es in Zukunft stärker darauf zu achten, was wirklich notwendig und sinnvoll ist. Auch muss die Einnahmenseite der Stadt verbessert werden. Hier ist noch viel Luft nach oben, beispielsweise bei der Gewerbesteuer. Auch muss man darüber nachdenken, wie man gut situierte Unternehmen an den finanziellen und infrastrukturellen Herausforderungen der Stadt besser beteiligen kann. Eine Nahverkehrsabgabe könnte zum Beispiel finanzielle Lücken im ÖPNV schließen und einen Teil zu einem ticketfreien ÖPNV beitragen. Wir als LINKE-Fraktion werden solche finanzpolitischen Instrumente bei den kommenden Haushaltsberatungen wieder mitdenken. Es bleibt zu hoffen, dass andere Fraktionen – allen voran Grüne und SPD – hier offener sein werden als zuletzt.

Hilfe und Unterstützung statt Bußgelder gegen Wohnungslose und Suchtkranke in der Südstadt

Im November letzten Jahres hatte sich unsere Fraktion, angesichts von horrenden Bußgeldern gegen Wohnungslose und Suchtkranke wegen Verstoßes gegen die Corona-Verordnungen, an die Stadtverwaltung und auch an die Presse gewandt.

Wegen wiederholt geahndeter Verstöße gegen die Corona-Verordnungen – konkreter Grund war häufig das Zusammenstehen von 3, 4 oder 5 Personen – hatten sich Bußgeldbescheide in Höhe von bis zu 16.000 Euro bei Einzelnen angehäuft. Diese Strafen sind für die Betroffenen nicht bezahlbar und sie machen keinen Sinn. Wenn sie es nicht schon sind, werden Menschen in die Verschuldung getrieben. Das zuständige Ordnungsamt sowie der vorgesetzte Bürgermeister Käuflein konnten und wollten auf unsere Hinweise und Fragen zu den aus unserer Sicht untragbaren Zuständen

und zum Vorgehen der Behörden nicht weiterhelfen. Im Dezember gab es dann Gespräche des Ordnungsamtes mit Vertreter*innen der Diakonie, um die Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeiter*innen und Sachbearbeiter*innen im Ordnungsamt zu verbessern.

Seit den Berichten in der Presse, unseren Anfragen sowie Beschwerden beim Ordnungsamt und Bürgermeister Käuflein, sind anscheinend in geringerem Maße Bußgelder wegen Verstoßes gegen Corona-Auflagen verhängt worden. Allerdings werden neuerdings nach unseren Kenntnissen vermehrt Bußgelder wegen Beleidigung und ähnlicher Vorwürfe erlassen. Vorwürfe einfach auszutauschen – auch dies wäre der falsche Weg. Wir werden die Vorgänge weiter beobach-

ten. Für uns gilt nach wie vor: Verbote und drakonische Strafen als Umgang mit „unerwünschten“ Wohnungslosen und Suchtkranken, wie auf dem Werderplatz in der Karlsruher Südstadt, sind der falsche Weg. Die Menschen brauchen Hilfe oder Unterstützung und keine sinnlose Bestrafung. ■



Gute Wohnungen für alle!

Viele sind betroffen von der aktuellen Wohnungsmisere. Mieten verschlingen einen immer größeren Teil des Einkommens, manche müssen, infolge höherer Mieten aufgrund von Verkäufen und Renovierungen, ihre Wohnung verlassen und eine neue mit bezahlbarer Miete zu finden, ist auch in Karlsruhe für viele Menschen mittlerweile fast unmöglich.

Aktuell wartet unser Antrag, ein Zweckentfremdungsverbot auf der Grundlage neuer, geänderter Landesgesetze zu erlassen, darauf von Stadtverwaltung und den gemeinderätlichen Gremien bearbeitet zu werden. Die temporäre tage-, wochen- oder monatsweise Vermietung von Wohnungen an Touristen, bettenweise Vermietung an Leih-, Saisonarbeiter*innen und zunehmend von Businessapartments für Co-Living an akademische Arbeitsnomaden

ermöglicht Hausbesitzer*innen deutlich höhere Einnahmen und entzieht dem Wohnungsmarkt bisher erschwingliche Wohnungen.

Bestehende bezahlbare Wohnungen erhalten

Ein wichtiger Erfolg unserer Arbeit – auch ermöglicht durch das öffentliche Wirken und den Einsatz des Bürgerver-

stadt. Nach zähem Ringen ist dies ein wichtiger Schritt, um Verdrängung und Spekulation mit Wohngebäuden in der Südstadt zu bremsen und eine aktive, soziale Wohnungspolitik der Stadt zu forcieren. Eine Milieuschutzsatzung hat zum Ziel, die Eigenart eines Gebiets auf Grund der Zusammensetzung seiner Bewohner*innenschaft zu erhalten und zu bewahren. Die Begrenzung und Kontrolle von zulässigen Mietsteigerungen ist das wichtigste Mittel. Hausverkäufe, Umbauten und Sanierungen im betroffenen Gebiet sind genehmigungspflichtig und Mietsteigerungen können untersagt werden. Bei Hausverkäufen kann die Kommune ein Vorkaufsrecht ausüben. Neben den rechtlichen Lenkungswirkungen ist eine Erhaltungssatzung auch – und das ist nicht zu unterschätzen – ein wirksames und abschreckendes Signal an Investor*innen und Hausbesitzer*innen,

**Runter mit den Mieten.
Mietendeckel für Karlsruhe!
Weil Wohnen ein Grundrecht ist.**

eins Südstadt – ist die Einführung einer „Milieuschutzsatzung“ für die Süd-

die maximale Profite auf dem Wohnungsmarkt suchen.

Neue preiswerte Wohnungen bauen

Beim Neubau von preiswerten Wohnungen setzt die Karlsruher Stadtverwaltung und der Gemeinderat fast ausschließlich auf die Volkswohnung. Aber dies reicht nicht. 9.000 Menschen stehen allein auf der Warteliste der Volkswohnung. Die Anzahl von Sozialwohnungen ist in den letzten 25 Jahren um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Werden neue Bebauungspläne für Neubaugebiete beschlossen hat eine Kommune die Möglichkeit leistungslose Gewinne von Investor*innen, die auf die Herstellung von Baurecht und damit enorm steigende Grundstückspreise warten, abzuschöpfen. Mit eher schüchternen Auflagen zum Bau von öffentlich geförderten Wohnungen, tut die Stadt Karlsruhe aus unserer Sicht deutlich zu wenig. In der Nordstadt, westlich der Erzbergerstraße sollen ca. 1.800 Wohnungen gebaut werden, etwa 1.000 durch den privaten Investor GEM. Zu den Verhandlungen mit dem Investor GEM stellten wir eine Anfrage, ob die Stadt versucht den Investor zu Zugeständnissen zu bewegen, mehr öffentlich geförderte und damit bezahlbare Wohnungen zu bauen. Fehlanzeige! Die

vorgegebene Quote ist festgelegt durch das sogenannte Karlsruher Innenentwicklungskonzept (KAI): 10% Sozialwohnungen und 10% sogenannte preiswerte Wohnungen müssen gebaut werden. Aus Sicht unserer Fraktion ist dies ein Tropfen auf den heißen Stein.

Neuer Wind auf dem Wohnungsmarkt

Gemeinsam mit anderen Fraktionen und örtlichen Initiativen setzen wir uns auch dafür ein, dass neben Genossenschaften auch neue Wohnprojektinitiativen – das sind Zusammenschlüsse von Menschen die gemeinschaftlichen Wohnraum schaffen wollen – zukünftig einen Zugriff auf Grundstücke in neuen Baugebieten erhalten sollen. Ein entsprechendes Verfahren zur „Konzeptvergabe“ von städtischen Grundstücken wurde im April im Gemeinderat beschlossen. Mit diesen Projekten, die in der Regel bunter, besser und sozialer bauen, kann ein neuer Wind in Karlsruhe einziehen. Es kann vielfältiger Wohnraum und wenn die Weichen jetzt richtiggestellt werden, zusätzlich auch langfristig preiswertere Wohnungen in Karlsruhe entstehen. Ganz wichtig wird sein, bei den jeweiligen Vergabeverfahren dafür einzutreten, dass speziell die Schaffung von preiswerten Wohnungen oder auch die Vergabe an Projekte,

die Wohnraum für besonders benachteiligte Gruppen auf dem Wohnungsmarkt schaffen, honoriert wird.

Benachteiligte Menschen unterstützen

Besonders benachteiligte Gruppen sind grundsätzlich Menschen mit geringem Einkommen. Selbst öffentlich geförderte Wohnungen sind nur schwer mit Einkommen aus Mindestlöhnen bzw. Hartz IV bezahlbar. Mieten ohne Preisbindungen sind in vielen Fällen unbezahlbar. Menschen, die vermeintlich nicht deutscher Herkunft sind, haben es allein aufgrund ihres Aussehens oder Nachnamens häufig schwer eine Wohnung zu finden.

Die Stadt Karlsruhe lobt sich gerne für ihre guten Konzepte zur Unterbringung von wohnungslosen Menschen. Wenn auch nicht viele Menschen in Karlsruhe auf der Straße leben müssen, so ist andererseits sichtbar, dass der Schritt aus einer Unterbringung in eine normale Wohnung z.B. für Wohnungslose und Geflüchtete kaum möglich ist.

DIE LINKE Gemeinderatsfraktion wird weiterhin an der Seite und im Interesse von Mieter*innen und Wohnungssuchenden alles dafür tun, dass „Gute und bezahlbare Wohnungen für Alle“ in Karlsruhe möglich werden. ■

Mathilde Göttel: Endlich Milieuschutz für die Südstadt!



Mit der Aufstellung einer Milieuschutzsatzung für die Südstadt haben wir nun ein wichtiges Instrument, die Entwicklungen des verschärften Wohnungsmarktes in der Südstadt aufzuhalten. Denn: Besonders erschreckend sind die Angebotsmieten in der Südstadt. Diese waren 2016 noch etwas unter dem städtischen Schnitt – mittlerweile sind diese deutlich darüber. Der Anstieg ist sehr viel stärker als in der Gesamtstadt. Die Südstadt droht einer der teureren Stadtteile zu werden. Wir müssen uns bewusst machen, was es uns kostet nichts zu tun: nicht nur für die funktionierende Nachbarschaft in der Südstadt; es ist sehr teuer für die Allgemeinheit, wenn Menschen



den Zugang zum Wohnungsmarkt verlieren. Denn, um zu sehen,

dass dies bereits passiert und passiert ist, muss man nur den sozialen Trägern, wie SozPädal, einen Besuch abstatten. Für nicht wenige Menschen ist ein größerer Balkon nicht eine Frage des Komforts, sondern ob man in der Wohnung bleiben kann. Der Neubau günstiger Wohnungen reicht nicht, wir müssen auch bestehende günstige Wohnungen erhalten. Innenstadtnahes Wohnen muss für alle möglich sein. Eine Milieuschutzsatzung ist ein Signal der Stadt: wir haben das im Blick und lassen Fehlentwicklungen nicht einfach laufen. Damit sind schon jetzt Steine in den Weg

derjenigen Investor*innen gelegt, die nur auf schnelles Geld aus sind – ohne Rücksicht auf Verluste für das Miteinander vor Ort.

Klar, eine soziale Erhaltungssatzung ist auch kein Allheilmittel. Unsere Gesetzeslage priorisiert die Vermehrung von Besitz immer noch höher als die Grundbedürfnisse von Menschen, die freie Lebensgestaltung und ein funktionierendes soziales Umfeld. Und diejenigen, die anscheinend die Interessen der Eigentümer*innen wichtiger finden als ein funktionierendes Miteinander, muss man dann doch fragen: Ist die Stadt nicht zu allererst ein Zuhause? Sollte Eigentum nicht der Allgemeinheit dienen und nicht umgekehrt?

Fraktions-
Newsletter
abonnieren:



LINKS wirkt!

Kostenloser ÖPNV für unter 25jährige mit Karlsruher-Pass: In den Haushaltsberatungen hat der Gemeinderat unserem Antrag auf einen ticketfreien ÖPNV für Karlsruher Pass-Inhaber*innen bis 25 Jahre zugestimmt. Damit wird nicht nur ein Schritt in Richtung eines ticketfreien ÖPNV gegangen, sondern auch soziale Gerechtigkeit hergestellt.

Milieuschutzsatzung für die Südstadt: Der Gemeinderat hat im vergangenen Jahr die Aufstellung einer sozialen Erhaltungssatzung zum Milieuschutz für die Südstadt beschlossen. Mit verschiedenen Initiativen und einem großen Engagement hat sich unsere Fraktion hierfür über mehrere Monate hinweg - nun erfolgreich - eingesetzt. Damit bekommt die Stadt endlich das Handwerkszeug, um die Südstadt und ihre Bewohner*innen vor Verdrängung zu schützen.

Mehr Bildungsgerechtigkeit für Fachschüler*innen: Ab 2021 werden 50% der Gebühren und ab 2022 100% der Gebühren für den Besuch einer Fachschule in Karlsruhe erlassen. Dies ist ein weiterer Schritt in Richtung eines freien Zugangs zu Bildung.

Kolonialismus in Karlsruhe wird aufgearbeitet: Der Gemeinderat hat einem Antrag unserer Fraktion zugestimmt, wonach die Stadt beauftragt wird, die koloniale Vergangenheit Karlsruhe umfassend unter Einbezug vom Kolonialismus betroffener Nachfahrgenerationen und wissenschaftlicher Akteure aufzuarbeiten.

Tariftreue bei städtischer Vergabe kommt: Auf Initiative unserer und weiterer Fraktionen hin wird künftig bei jeder städtischen Vergabe von Dienstleistungen die Anwendung von Tarifverträgen und die Tariftreue der ausführenden Unternehmen und Nachunternehmen als Vergabekriterium berücksichtigt.

Die soziale und ökologische Mobilitätswende realisieren

Im vergangenen Jahr konnten wir einen entscheidenden Schritt zur Schaffung eines attraktiven ÖPNV gehen, indem der ticketfreie ÖPNV für Karlsruher- (Kinder-)Pass Inhaber*innen unter 25 Jahren eingeführt wurde. Wir halten aber auch daran fest, dass alle Inhaber*innen des Karlsruher Passes, Schüler*innen und Azubis zeitnah von den Ticketgebühren befreit werden müssen. Unsere Initiativen hierzu fanden bisher leider keine Mehrheit im Gemeinderat.

Um die notwendige Verkehrswende zu erreichen, braucht es eine Vielzahl an Instrumenten. Eins der wichtigsten ist die Preisgestaltung des ÖPNV. Denn der Preis spielt besonders für einkommens-

schwache Menschen eine entscheidende Rolle bei der Wahl des Verkehrsmittels. Daher lehnen wir konsequent alle Preiserhöhungen im ÖPNV ab. Nur mit einem ticketfreien ÖPNV schaffen wir es, die Attraktivität des Nahverkehrs für alle zu verbessern. Zu finanzieren wäre dies über eine kommunale Nahverkehrsabgabe für Unternehmen und ein Bürger*inenticket. Zusätzlich müssen wir die Strecken massiv ausbauen, um das Angebot zu stärken. Zusätzliche Strecken in der Stuttgarter Straße in der Südstadt oder in Kirchfeld sind dabei wichtige Ergänzungen.

Neben einem starken ÖPNV ist auch der Rad- und Fußverkehr weiter auszubauen. Wir setzen uns für ein Mehr an Fahrrad-

straßen bei optimierter Qualität ein, bessere Radabstellplätze, eine Ausweitung der Fußgängerzonen sowie gute Gehwege. Hier konnten wir schon wichtige Akzente setzen: So haben wir erreicht, dass die Situation der Fahrradstraße in der Sophienstraße zeitnah verbessert wird.

Ebenfalls braucht es mehr autofreie Zonen in der Stadt und eine Reduzierung der Parkflächen bei gleichzeitiger Verbesserung des Anwohnerparkens und angemessenen Gebühren. Hier sind wir als Fraktion treibende Kraft: Eine Verkehrswende schaffen wir mit guten Angeboten und dem Willen zur Umgestaltung. Wer die Verkehrswende will, muss das Auto überflüssig machen. ■

Karlsruhe braucht Kultur – Kultur braucht Räume

In den letzten Monaten haben Hilfe-rufe Karlsruher Musiker*innen und Berichte in den Medien die Öffentlichkeit aufgeschreckt. An verschiedenen Orten in der Stadt, werden ca. 50 Proberäume für Musiker*innen wegfallen. Auch Einrichtungen wie RetroGames, der Gotec Club und das soziokulturelle Zentrum P8 verlieren ihre Räume. Der bereits bestehende Mangel an Räumen für Bands und Ateliers für Künstler*innen wird verschärft.

Aus unserer Sicht muss die Verdrängung von Künstler*innen und Musiker*innen durch Immobilienprojekte von der Stadt mit allen Möglichkeiten gebremst und nicht weiter gefördert werden. Der Zustand jetzt ist nicht neu. Ein weiteres bekanntes Beispiel war die Verdrängung von Künstler*innen aus ihren Ateliers und Ausstellungsräumen südlich des Bahnhofs vor einigen Jahren. Insbesondere die Neubebauung ehemaliger Gewerbeflächen – aktuell in Mühlburg, Grünwinkel, im Areal-C in der Nordstadt sowie im Rheinhafen führt zum Verlust von Räumen mit erschwinglichen Mieten in Karlsruhe. Künstler*innen, die Ateliers suchen, Musiker*innen, die auf Proberäume angewiesen sind, aber auch kulturelle Initiativen wie das soziokulturelle Zentrum P8 in der Nordstadt oder der Verein des Videospielmuseums RetroGames stehen erstmal mit leeren Händen da. In fast allen Fällen ist der Karlsruher Immobilienentwickler GEM der Besitzer.

Der Umgang der neuen Eigentümer*innen mit ihren Mieter*innen ist erschreckend. Planungen werden nicht offengelegt, die Kündigungsfristen sind kurz, Ersatzräume gibt es keine. Auch die Stadt hat sich nicht mit Ruhm bekleckert und zunächst empfohlen „mit dem Mangel flexibel, kreativ und solidarisch umzugehen“, so Kulturbürgermeister Käuflein

jüngst in einer Stellungnahme.

Die Macher*innen aus dem P8 haben tatsächlich eine Immobilie in Bulach gefunden, die neben Platz für einen eigenen Veranstaltungsraum und Freiflächen für Open-Air-Konzerte, Raum für weitere Initiativen sowie 15 Proberäume und 12 Ateliers aufnehmen könnte. Erste Gespräche mit potentiellen Interessent*innen wurden geführt und ein Plan zur Finanzierung erstellt. Der Umbau soll aus Bundesmitteln, aus einem Crowd-Fun-

turetat aufzubringen und damit anderen Projekten und Institutionen zu entziehen. Aus unserer Sicht muss ein anderer Weg gefunden werden. Auch ein Investor wie die GEM und deren umtriebiger Eigentümer Michael Müller – seines Zeichens auch Gemeinderatskandidat für die SPD sowie Vizepräsident des KSC, der durch seine Projekte die prekäre Situation herbeigeführt hat, könnte von der Stadt aufgefordert werden an der Finanzierung mitzuwirken. Das Projekt des Panorama

e.V. – der hinter dem P8 steht – wird nur Platz für einen Teil der jetzt von der Räumung betroffenen Musiker*innen und Gruppen bieten. Auch mittelfristig besteht weiterer Bedarf. In einem Antrag forderte unsere Fraktion ein städtisches Maßnahmenpaket, um bezahlbare Proberäume in Karlsruhe sicherzustellen. Weiterhin unterstützen wir die Entwicklung eines neuen Kulturareals auf dem alten ROTAG-Gelände in Grünwinkel. Auch darüber wurde im Gemeinderat gesprochen. Aus unserer Sicht muss dieses Areal frühzeitig gemeinsam mit den späteren Nutzer*innen entwickelt werden.

**Keine Verdrängung von Kulturräumen.
Die Stadt muss handeln!**



[dielinke-fraktion-karlsruhe.de](https://www.dielinke-fraktion-karlsruhe.de)

DIE LINKE.
Fraktion im Karlsruher Gemeinderat

ding und aus eigenen Mitteln erfolgen. Um angemessene, bezahlbare Mieten für die Nutzer*innen möglich zu machen, wurde die Stadt um entsprechende Zuschüsse angefragt.

Unsere Fraktion hat dieses Anliegen sehr gerne unterstützt. Es grenzt schon fast an ein Wunder, dass überhaupt eine Immobilie gefunden wurde, die sowohl was Räumlichkeiten als auch die rechtlichen Bestimmungen des Baurechts betrifft, für ein neues Soziokulturelles Zentrum geeignet ist. Letztlich hat sich der Gemeinderat im April einstimmig für die Unterstützung des Projekts ausgesprochen. Der Haken an der Sache ist, dass die Stadtverwaltung beabsichtigt, die Mittel ab 2022 aus dem allgemeinen Kul-

Die Entwicklung der Stadt muss wieder in die Hände der Stadtgesellschaft gelegt werden. Eine Stadt für alle muss das Ziel sein. Kultur und insbesondere die unkommerzielle Kultur muss gefördert werden. Eine vielfältige Subkultur ist ein untrennbarer Teil einer lebendigen Stadt. Wir fordern von der Stadt aktiv zu werden und den Verdrängungen ein Ende zu bereiten. Das Treiben privater Investor*innen muss endlich kritisch in den Blick genommen werden. GEM und Co. und privaten Gewinninteressen dürfen nicht weiter Tür und Tor geöffnet werden. Die Stadt muss handeln. ■

Karin Binder: Gesundheits- schutz für alle - unabhängig vom Geldbeutel



„Eltern im „Homeoffice“, Kinder im „Homeschooling“, mit Laptop oder Handy in der Videokonferenz mit dem Chef oder der Lehrer*in - das strapaziert nicht nur die Nerven sondern die Gesundheit insgesamt.

Besonders hart trifft das arme Bevölkerungsgruppen, die in kleinen Wohnungen leben und keine Ausweichmöglichkeiten haben. Vor allem Rentner*innen, Familien und Alleinerziehende sind betroffen. Statistiken belegen, dass ärmere Menschen weitaus stärker dem Risiko an Corona zu erkranken ausgesetzt sind. Deshalb haben sich einige Städte dazu entschieden, mobile Impfteams gezielt

in Stadtteile zu schicken, in denen ärmere Menschen leben. Das ist richtig und muss auch in Karlsruhe so gehandhabt werden!

Neben dem erhöhten gesundheitlichen Risiko, verschärften Einkommensverluste in Corona-Zeiten durch Kurzarbeit oder gar Jobverlust die Situation für Viele. Gleichzeitig entstehen höhere Ausgaben, weil der günstige Mittagstisch in Schule oder Kita entfällt und die Kantine geschlossen ist. Immer mehr Menschen sind auf die Unterstützung durch die Tafeln angewiesen.

Wenn die ganze Familie auch noch FFP2-Masken benötigt, sind schnell 20 bis 30

Euro im Monat zusätzlich fällig, die im Budget nicht vorhanden sind. Deshalb hatte unsere Fraktion im Gemeinderat kostenfreie Masken für Menschen mit dem Karlsruher Pass beantragt. Andere Fraktionen sahen dafür keine Notwendigkeit. Die Verwaltung hielt mit einem zu hohen Verwaltungsaufwand dagegen. Angesichts der Tatsache, dass jede Maske nicht nur die Träger*in, sondern das ganze Umfeld schützt, kann ich diese Entscheidung nicht nachvollziehen. Gesundheit also doch nicht unser höchstes Gut?

Gesundheit und Pflege müssen mehr wert sein!

Die Corona-Pandemie deckt schonungslos auf, dass unser Gesundheitssystem auf Kante genäht ist und dass es schon lange an seine Grenzen gestoßen ist.

Die Pandemie konnte hierzulande, insbesondere auch in Karlsruhe, noch abgefedert werden. Aber das verdanken wir vor allem dem Krankenhauspersonal, den mobilen Pflegekräften und den Pfleger*innen in den Alten- und Pflegeheimen, die seit Beginn der Pandemie Enormes geleistet haben. Zwischenzeitlich haben die Krankenhäuser auch in Karlsruhe, vor allem die Intensivstationen, ihre Belastungsgrenzen deutlich überschritten. Die Beschäftigten arbeiten seit über einem Jahr unter hohem Infektionsrisiko für sich und ihre Familien und ohne echte Erholungspausen. Auch zwischen den Wellen gab es für viele kaum Zeit für Erholung, da nun Operationen dringend nachgeholt werden mussten, die wegen Corona verschoben wurden.

Der personelle Notstand vor allem in der Pflege war schon kritisch vor der Pandemie und hat die Leistungsfähigkeit unse-

rer Gesundheitssystems bereits partiell eingeschränkt. Wegen der massiven Überlastung und den schlechten Arbeitsbedingungen kehren seit Jahren immer mehr Beschäftigte ihrem Beruf den Rücken.



cken oder gehen in Teilzeit. Während der Pandemie wurden von der Bundespolitik und den Arbeitgebern deutliche, auch finanzielle Verbesserungen für die

Beschäftigten in Aussicht gestellt. Bis auf Klatschen und eine dürftige Corona-Prämie kam jedoch wenig. Eine Einmalprämie für Wenige ändert nichts an der finanziellen und strukturellen Schieflage in den Pflegeberufen. Die Attraktivität der Pflegeberufe sinkt weiterhin. Nur eine dauerhaft bessere Bezahlung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der Pflege könnten diesen Trend stoppen. Wir brauchen dringend mehr Pflegekräfte. Unsere Fraktion forderte aus diesem Grund die Stadt im Rahmen der Haushaltsverhandlungen auf, eine monatliche Zulage in Höhe von 300 € für alle Beschäftigten am Städtischen Klinikum zu finanzieren. Unser Antrag wurde jedoch von einer Mehrheit im Gemeinderat und der Verwaltung abgelehnt. Die Stadt Karlsruhe und der Gemeinderat hätten mit diesem Beitrag zeigen können, welche Bedeutung die Krankenhäuser für die Versorgung der Bevölkerung haben und hätte damit zumindest dem Personal am städtischen Klinikum die notwendige Wertschätzung entgegengebracht. ■

Aktuelle Anträge und Anfragen

Anfrage

Abschiebungsandrohungen durch die Ausländerbehörde der Stadt Karlsruhe

An viele Menschen in unserer Stadt werden Abschiebungsandrohungen geschickt. Wir wollen wissen, wieviele Abschiebungsandrohungen seit 2016 ausgesprochen wurden, was die Gründe hierfür waren und ob es nicht Möglichkeiten gibt, Informationen – z.B. über einen Jobwechsel – bei den Betroffenen vorab einzuholen ohne Androhung einer Abschiebung. ■

Anfrage

Energie- und Wassersperren durch die Stadtwerke

Aufgrund der weiterhin angespannten finanziellen Lage vieler Menschen ist davon auszugehen, dass sich die Zahlungssituation für eine Vielzahl in Zahlungsrückstand geratener Kund*innen kurz- und mittelfristig nicht verbessern wird. Wir wollen daher wissen, wie die Stadtwerke mit Kund*innen umgehen, die in Zahlungsrückstand geraten sind und welche Möglichkeiten es gibt, eine gute Lösung zu finden – wie beispielsweise auf Rückzahlungen zu verzichten. Niemand darf aufgrund von Zahlungsrückständen für Energie- und Wasser in eine dauerhafte Verschuldung rutschen. ■

Antrag

Die Zukunft der Innenstadt und des Einzelhandels sichern

Die Corona-Krise führt zu einer dramatischen Situation im Einzelhandel. Viele Geschäfte mussten bereits schließen oder ihnen droht die Schließung. In einem Antrag an den Gemeinderat fordern wir die Prüfung eines Maßnahmenpakets durch die Stadt, um den Einzelhandel zu stärken. ■

Wir im Netz:



bei Facebook

facebook.com/linke.fraktion.karlsruhe



bei Twitter

twitter.com/dielinke_fra_ka



bei Instagram

instagram.com/dielinke.im.gemeinderat.ka



unsere Website

www.dielinke-fraktion-karlsruhe.de



unser Newsletter

www.dielinke-fraktion-karlsruhe.de/start/newsletter

Antrag

Aktive Entsiegelung von öffentlichen Flächen

Der hohe Versiegelungsgrad in der Stadt führt während der Sommermonate zu starken Hitzebelastungen in Karlsruhe, unter denen große Teile der Bevölkerung leiden. In einem Antrag fordert unsere Fraktion nun eine aktive Entsiegelungsstrategie der Stadt, um nicht mehr notwendig versiegelte Flächen zu entsiegeln. ■

Anfrage

Befristete Beschäftigungs- und Leiharbeitsverhältnisse innerhalb der Stadtverwaltung und städt. Gesellschaften

Wir möchten u.a. erfahren, in welchen Dienststellen und welchen städtischen Gesellschaften derzeit Menschen in einem sachgrundlosen, in einem sachlich begründeten befristeten Beschäftigungsverhältnis oder in Leiharbeit beschäftigt sind. Auch wollen wir wissen, wieviele befristete Stellen seit 2019 in unbefristete umgewandelt werden konnten. ■

Antrag

Anfrage: Nutzung der Möglichkeiten des verschärften Zweckentfremdungsverbots für Karlsruhe

In Baden-Württemberg können Kommunen neuerdings ein verschärftes Zweckentfremdungsverbot erlassen. Wer seine Wohnung an Tourist*innen oder Leiharbeiter*innen vermieten will, wird dies nun schwerer haben. Durch die eingeführte Auskunft-, Registrierungs- und Anzeigepflicht können Städte eine Übersicht

der Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt erhalten. Die bisher fehlende Anzeigepflicht und damit mangelnde Datengrundlage für entsprechende Maßnahmen wurde bei unserer letzten Initiative zur Einführung einer Zweckentfremdungssatzung in Karlsruhe als Gegenargument genutzt. Wir möchten

nun erfahren, ob das neue Gesetz aus Sicht der Verwaltung eine transparente Übersicht über zweckentfremdete Vermietungen ermöglichen könnte und ob Karlsruhe die neuen Möglichkeiten zu nutzen gedenkt. ■

Impressum

Herausgeber:

Fraktion DIE LINKE. im Karlsruher Gemeinderat
Hebelstraße 13 | 76133 Karlsruhe
Tel.: 0721 864 292 60 | Fax: 0721 133 1579
dielinke@gr.karlsruhe.de

V.i.S.d.P.: Andreas Hensel, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

DIE LINKE.
Fraktion im Karlsruher Gemeinderat